



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Nach einer kurzen Sommerpause fanden am 23., 29. und 31. August erneut Gespräche zwischen dem griechisch-zypriotischen Volksgruppenführer Anastasiades und seinem türkisch-zypriotischen Pendant Mustafa Akinci im Rahmen der intensiven Verhandlungsphase statt. Diese neue Runde zielte auf die Überwindung bestehender Differenzen in einzelnen Kapiteln ab, insbesondere bei den Themen Wirtschaft, Eigentum, Sicherheit und Territorium. Zum ersten Mal wurden die bisher tabuisierten Themen wie Sicherheitsgarantien und rotierende Präsidentschaft besprochen, womit die Verhandlungen in eine kritische abschließende Phase traten.

Die nächsten Treffen der beiden Politiker sind für den 2., 6., 8., 10. und 14. September geplant. Die derzeitige, intensive Phase soll mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung beendet werden, in welcher dargelegt werden soll, ob Fortschritte erreicht wurden. Bis zum 14. September wird es keine öffentliche Erklärung geben, um die Vertraulichkeit der Gespräche zu wahren.

Die beiden Seiten scheinen sich nicht in der Frage einigen zu können, ob und wann es eine multilaterale und eine Dreiparteienkonferenz geben soll. Die türkischen Zyprioten und die Türkei befürworten eine Dreiparteienkonferenz der beiden Volksgruppenvertreter mit Ban Ki-moon in New York am Rande einer UN-Vollversammlung Ende September, der ein Treffen mit den Garantiemächten Griechenland, der Türkei und Großbritannien folgen soll. Die griechisch-

zypriotische Seite machte jedoch klar, dass ein Dreiparteientreffen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter und dem UN-Generalsekretär nur dann stattfinden werde, wenn bis zum 14. September Fortschritte in der Vereinigungsverhandlungen erreicht worden seien. Hinsichtlich einer multilateralen Konferenz mit den Garantiemächten betonte Anastasiades, dass diese nicht stattfinden werde, wenn nach seiner Einschätzung nicht genug Fortschritte erzielt worden seien.

Der Sonderberater des UN-Generalsekretärs, Espen Barth Eide, betonte, dass die beiden Volksgruppenvertreter in der gegenwärtigen Phase der Gespräche erstmals alle Aspekte des Zypernproblems besprochen hätten. Das schloss auch Themen und Kapitel ein, die bislang noch nicht verhandelt worden sind. Eide sagte, dass sich beide nun genauer wüssten, was konkret getan werden müsse. Die intensive Phase der Gespräche sollten nicht als sieben voneinander getrennte Treffen, sondern als sieben Sitzungen eines Treffens angesehen werden. Auch wenn Übereinstimmung herrsche, das die Zeit dränge, müssten die Lösungen auf Dauer funktionieren. Eide erklärt, er habe große Erwartungen an die momentanen Verhandlungsrunde, da zum ersten Mal alle Themen ohne Tabus besprochen werden. Auch wenn diese Themen nicht notwendigerweise jetzt verhandelt würden, sei zumindest Brainstorming möglich und bisherige Tabothemen könnten angesprochen werden. Er freue sich, an einem Platz zu sein, an dem es keine Tabus, keine unantastbaren Themen mehr gebe. Dennoch gilt es gewisse Vereinbarungen, wie z.B. keine Landkarten oder Zahlen

zu diskutieren. Der UN Sonderberater wies darauf hin, dass vier Themenkapitel zum größten Teil abgeschlossen seien, es aber gewisse Bereiche gebe bei denen die beiden Seiten ihre unterschiedlichen Positionen beibehielten.

Am 30. August fand ein Treffen zwischen dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu, dem türkisch-zypriotischen Premierminister Huseyin Ozgurgun sowie dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci im Norden statt. Cavusoglu sicherte den türkischen Zyprioten die Unterstützung der Türkei zu. Nach dem Treffen betonte Cavusoglu, dass die Türkei auch weiterhin alles tun werde, um eine dauerhafte und gerechte Lösung für die türkischen Zyprioten innerhalb der Rahmenbedingungen, die am 11. Februar 2014 von beiden Volksgruppenführern in einer gemeinsamen Erklärung bereits festgelegt worden waren, zu unterstützen. Er fügte hinzu, dass kritische Themen, wie die Frage des Eigentums, des Territoriums und der Sicherheit, auf einem Treffen der fünf beteiligten Parteien verhandelt würden werden müssten.

Das Zypernproblem war ebenfalls eines der Themen, welche der UN-Untersekretär für politische Angelegenheiten Jeffrey Feltman mit dem türkischen Premierminister Binali Yildirim während seines Besuchs in Ankara vom 30. bis 31. August besprach. Auch während eines informellen Besuchs am 28. August auf Kreta erörterte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu die Zypernfrage mit seinem griechischen Amtskollegen Nicos Kotzias. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Treffen unterstrich Kotzias die Haltung seiner Regie-

rung in Bezug auf die Garantiefraage und erklärte, dass Athen ein Ende des anachronistischen Garantiesystems befürworte. Der türkische Außenminister betonte seinerseits, dass Ankara die derzeitigen Bemühungen zur Lösung des Zypernproblems unterstütze. Er hoffe, dass beide Seiten diese Chance nützten.

Während eines Treffens zwischen dem US-Vizepräsidenten Joe Biden und dem türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan am 25. August in Ankara lag der Fokus im Zusammenhang mit dem Zypernproblem besonders auf dem Thema Garantien.

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung *Kibris postasi* behauptet im Besitz der Sitzungsprotokolle jener Treffen zu sein, die zwischen dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci, der amerikanischen Unterstaatssekretärin Victoria Nuland sowie den türkisch- und griechisch-zypriotischen Verhandlungsführern Ozdil Nami bzw. Andreas Mavroyiannis stattfanden. Die Zeitung berichtete am 19. August, dass die Kosten für die Kompensationszahlungen innerhalb einer umfassenden Lösung des Zypernproblems nach Schätzungen der Weltbank untragbar seien und die Wirtschaft eines vereinten Zyperns in die Knie zwingen würde. Der Bericht der Weltbank mit dem Titel „Die Eigentumskomponente“ vom 27. Juni 2016 geht davon aus, dass die Nettokosten bei ca. 13 Milliarden Euro liegen. Nach dieser Berechnung werden der Wert des türkisch-zypriotischen Eigentums im Süden auf 8 Milliarden Euro geschätzt, während das griechisch-zypriotische Eigentum im Norden mit 21 Milliarden Euro veranschlagt wird. Sollten laut Weltbank-

bericht die Kompensationen nach heutigem Wert erfolgen, entsprächen die Kosten ca. 60% des BIP, was zu einem Kollaps des Staatshaushalts eines vereinten Zyperns führen würde.

Am 17. August besuchte der türkisch-zyprische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci den türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan in Ankara. Nach dem Treffen betonten Akinci und Erdogan, dass eine Lösung die Rechte und die Sicherheit der türkischen Zyprioten garantieren müsse.

In einem Artikel der Tageszeitung ‚Havadis‘ bezeichnete der Autor Basaran Duzgun das Treffen zwischen Akinci und dem türkischen Präsidenten Erdogan in Ankara als einen möglichen Wendepunkt. Laut Duzgun war das türkisch-zyprische Team mit dem Inhalt der Gespräche sehr zufrieden gewesen. In den Gesprächen sei die türkische Haltung zu Sicherheits- und Garantiefragen diskutiert und erläutert worden. Duzgun behauptet, dass in diesem diplomatischen Kreis zwei Möglichkeiten diskutiert würden. Im ersten Szenario wird die Abschaffung des Bündnis- und Garantievertrags akzeptiert, wenn dafür im Gegenzug der Türkei eine Militärbasis zugestanden werde, auf der eine kleine Anzahl von Truppen stationiert werden sollen. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, den Bündnis- und Garantievertrag abzuschaffen. Die Türkei würde dann lediglich die Sicherheit des türkisch-zyprischen Bundeslandes garantieren. Das Recht auf Intervention würde dabei an Bedingungen geknüpft. Zum Beispiel könnte eine Intervention nur nach Zustimmung und Aufforderung einer Zweidrittelmehrheit des türkisch-zyprischen

Parlaments erfolgen. Das heißt, dass es keine allein von der Türkei beschlossene unilaterale Intervention geben könnte.

Am 14. August jährte sich der Jahrestag der zweiten Phase der türkischen Invasion zum 42. Mal. Damals gelang es den türkischen Truppen 37% der Insel einzunehmen. Die erste Phase der türkischen Invasion fand am 20. Juli 1974 statt, fünf Tage nachdem die Regierung von Erzbischof Makarios durch einen Putsch der damaligen griechischen Militärjunta gestürzt worden war.

Insgesamt 1.015 türkische Zyprioten begingen am 8. August den 53. Jahrestag des Bombardements von Tylliria im Jahr 1964 durch türkische Militärflugzeuge, indem sie zur Feier in die Enklave bei Kokkina reisten. Nach dem Ausbruch interkommunaler Gewalt im Dezember 1963 errichteten die türkischen Zyprioten 1964 bei Kokkina einen Brückenkopf, der sie mit Waffen, Freiwilligen und anderem Material aus der Türkei versorgte. Die griechisch-zyprische Regierung wertete dies als feindlichen Akt und griff den Brückenkopf an. Daraufhin schickte die Türkei Kampfjets, um die griechischen Positionen zu bombardieren.

2. Gasvorkommen

Am 31. August unterzeichneten Energieminister Yiorgos Lakkotrypīs und der ägyptische Minister für Bodenschätze Tarek El Molla eine Vereinbarung über den Transport zyprischen Gases mittels einer Pipeline zu den sich im Meer und

an Land liegenden ägyptischen Verarbeitungsanlagen Idku und Damietta.

Die Vereinbarung, wonach zypriotisches Gas nach Ägypten für den dortigen Gebrauch und den weiteren Export transportiert werden soll, ist Teil einer Reihe rechtlicher Vereinbarungen, welche den Verkauf zypriotischen Gases an Käufer in Ägypten und die Investitionssicherheit fördern sowie die derzeitigen Wirtschaftsverhandlungen ergänzen soll. Die Regierungen beider Länder wollen auch die Gespräche über den Bau einer Pipeline zwischen Zypern und Ägypten beschleunigen. Die Pipeline soll, so der zypriotische Energieminister, zwischen 2020 und 2022 fertiggestellt werden.

Derweil kritisierte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci die griechisch-zypriotische Seite für ihr Vorpreschen in der Gasförderung. Er forderte die Regierung auf, alles zu unterlassen, was die Verhandlungen erschweren könnte. Es sei nicht richtig, Schritte zu unternehmen, welche den Verhandlungsprozess gefährdeten. Stattdessen solle die Nutzung des gemeinsamen Reichtums gemeinsam geplant werden.

Als Reaktion auf die Ankündigung einer dritten Lizenzvergaberunde durch die Republik Zypern am 2. August warnte das türkische Außenministerium die Energieunternehmen, die sich um Rechte in Block 6 bewerben, dass jegliche Erkundungsaktivitäten illegal seien, da der Block Teil des türkischen Kontinentalschelfs sei. Die Türkei beansprucht, basierend auf ihrer eigenen Karten, Teile von Block 6, welcher in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns liegt. Diese wird

von der Türkei nicht anerkannt. Ankara beansprucht weite Teile der zypriotischen Blöcke 1, 4, 6 und 7 für sich.

In diesem Zusammenhang näherte sich eine türkische Fregatte am 28. August einem zypriotischen Forschungsschiff, das im Auftrag des zypriotischen Landwirtschaftsministeriums zwölf Kilometer vor der Küste der Halbinsel Akamas im äußersten Westen Zyperns Delfine beobachtete. Die Fregatte soll das Forschungsboot kontaktiert und aufgefordert haben, das Gebiet zu verlassen, da es sich in türkischen Hoheitsgewässern befinde.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Angaben der zypriotischen Zentralbank verzeichneten die Banken im vierten Monat in Folge Rekordzahlen bei den Bankeinlagen. Seit März 2015, als der niedrigste Stand seit neun Jahren verzeichnet wurde, nahmen die Einlagen um 1,13 Milliarden Euro zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Einlagen im Juli um 269 Millionen Euro und lagen bei insgesamt 47,03 Milliarden Euro. Im März 2015 waren die Einlagen bis auf 45,73 Milliarden Euro gefallen. Drittstaatsangehörige, EU-Bürger und Zyprioten haben demnach ihre Einlagen erhöht.

Eine Troika-Delegation¹ wird für die Zeit vom 26. bis 30. September in Zypern sein, um noch ausstehende Punkte des Anpassungsprogramms, vor allem die Reformen, zu inspizieren. Dies ist der erste Besuch von Troika-Technokraten, nachdem Zypern das 10 Milliarden Euro umfassende Bail-Out-Programm im März dieses Jahres verließ. Im Rahmen des Programms soll eine Troika-Delegation alle sechs Monate nach Zypern kommen, bis 73% des Darlehens beglichen sind. Die Technokraten prüfen die Fortschritte im Finanzsektor und Staatshaushalt sowie mikroökonomische Entwicklungen und Reformen. Die Resultate der Überprüfungen sollen in gesonderten Berichten veröffentlicht werden.

Das Amt für Statistik veröffentlichte am 12. August eine vorläufige Prognose, wonach die reale Wachstumsrate des BIP nach saisonbereinigten Berechnungen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahr bei 2,7% lag. Im Vergleich zum vorherigen Quartal lag das Wirtschaftswachstum bei 0,7%. Im ersten Quartal wuchs die Wirtschaft um 1%. Finanzminister Harris Georgiades ist mit der Entwicklung zufrieden, da dies die viel versprechenden Aussichten der zypriotischen Wirtschaft und die positiven Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre bestätige.

Das Kreditkartenabrechnungsunternehmen JCC veröffentlichte am 4. August Daten, wonach seit Jahresbeginn mit in der Republik Zypern ausgestellten Kreditkarten Rechnungen von 6,04 Mil-

lion Euro im Norden und der Türkei bezahlt wurden. Davon wurden 4,2 Millionen Euro im Norden der Insel und 1,76 Millionen Euro in der Türkei ausgegeben. An erster Stelle standen Hotels mit 2,09 Millionen Euro, danach Unterhaltung mit 1,11 Millionen Euro und Flugtickets mit 1,07 Millionen Euro. Im Juli lag der Umfang der Transaktionen bei 867.850 Euro, wovon 644,441 Euro im Norden und 223,408 Euro in der Türkei ausgegeben wurden. Unterdessen lag der Wert von mit türkischen Kreditkarten ausgeführten Transaktionen in der Republik Zypern zwischen Januar und Juli bei 14 Millionen Euro. An erster Stelle standen Supermärkte mit 3,3 Millionen Euro, danach Bekleidungsgeschäfte mit 2,8 Millionen Euro, Transport mit 1,85 Millionen Euro und Heimwerker- und Haushaltswarengeschäfte mit 1,67 Millionen Euro. Im Juli lag der Umfang der Transaktionen türkischer Kreditkarten im Süden der Insel bei 2,43 Millionen Euro.

Am 1. August erhöhte die Ratingagentur Moody's die Aussichten für die zypriotischen Banken von stabil auf positiv. Dies entspricht der Annahme, dass die Erholung der zypriotischen Wirtschaft zur Wiederherstellung der Profitabilität der Banken und zur Verbesserung der schwachen Vermögenswertqualität beitragen wird. Dies entspricht den Erwartungen von Moody's hinsichtlich der Entwicklung der Kreditwürdigkeit zypriotischer Banken in den nächsten 12 bis 18 Monaten.

Nach einem Bericht der Cyprus Mail wurde ein griechisch-zypriotischer Geschäftsmann, der mit seinem türkisch-zypriotischen Partner, Kartoffeln aus dem Norden in den Süden importiert

¹ Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfond und der Europäischen Zentralbank.

hatte, das Opfer von Bedrohung und Belästigungen. Eine Gruppe von ca. 200 Personen, zusammengesetzt aus Bauern, anderen Kartoffelexporteuren und sieben Parlamentsmitgliedern tauchten auf dem Grundstück seiner Firma auf, protestierten gegen dieses Geschäft und einige drohten gar seine Verpackungsfirma niederzubrennen. Die Gruppe wurde von der Polizei der britischen Militärbasis daran gehindert, das Grundstück zu betreten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Im öffentlichen Dienst wird 2017 die Rückkehr zu jährlichen Gehaltserhöhungen und ein Ende der seit 2011 bestehenden Sonderabgabe erwartet. Das Gesetz, das die Gehälter seit 2011 eingefroren und die Sonderabgabe geregelt hatte, läuft zum Jahresende aus. Die Regierung versucht dies jedoch durch eine Gesetzesänderung zu verhindern, wonach die automatische Koppelung der Gehaltserhöhungen an das Bruttoinlandsprodukt beendet werden soll. Laut Finanzminister Harris Georgiadou lehnt die Regierung Gehaltserhöhungen grundsätzlich nicht ab, sie sollen jedoch im Kontext der allgemeinen Wirtschaftslage stattfinden.

Laut Eurostat liegt die Kaufkraft des Pro-Kopf-BIP bei 81%. Demnach waren die Zyprioten 2015 19% ärmer als 2009.

Der Disput über die Öffnungszeiten des Einzelhandels schwelt weiter. Einige große Läden und Supermärkte blieben am 15. August, einem öffentlichen Feiertag, trotz einer Warnung des Arbeitsministeriums geöffnet, da die Entscheidung des Verfassungsgerichts die bestehenden

Gesetze außer Kraft gesetzt habe. Die Gewerkschaft PEO und die Vereinigung der Kleinbetriebe POVEK sieht diese Praxis als ein Ergebnis einer Richtlinie des Arbeitsministeriums, wonach seit 2013 alle Geschäfte sieben Tage in der Woche geöffnet sein dürfen. Das Arbeitsministerium wiederum sieht die Verantwortung beim Parlament, da dem Ministerium die Zuständigkeit zur Regelung der Öffnungszeiten mit Hilfe von Verordnungen durch die Legislative entzogen worden war.

Laut veröffentlichten Zahlen von Eurostat waren 2015 22,2% der jungen Zyprioten im Alter von 20 bis 24 Jahren weder in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung noch gingen sie einer Arbeit nach. Damit liegt Zypern im europäischen Vergleich an sechster Stelle.

Die Zentrale der Genossenschaftsbanken legte Pläne für eine freiwillige Vorruhestandsregelung vor, ohne vorher die Gewerkschaften PEO und SEK zu konsultieren. Den Plänen zufolge sollen damit 100 Stellen gestrichen werden. Eine ähnliche Regelung bewirkte bereits 270 freiwillige Kündigungen. Die Gewerkschaften kritisieren, dass sie nicht informiert worden waren und lehnen eine Liste mit Personen ab, die aufgefordert und unter Druck gesetzt werden sollen, ihre Stelle aufzugeben. Des Weiteren verlangen die Gewerkschaften eine Liste der nach 2014 eingestellten Personen (ca. 50) und verlangen Informationen darüber, ob die Angestellten mit zeitlich befristeten Verträgen dahingehend evaluiert wurden, ob ihre Weiterbeschäftigung notwendig ist. Laut Gewerkschaften kann eine freiwillige Vorruhestandsregelung nur dann angewandt werden, wenn alle Neueinstellun-

gen gestoppt und interne Lösungen gefunden werden. Außerdem fordern die Gewerkschaften eine Erneuerung der Tarifverträge, in denen Wohnbaurdarlehen mit niedrigen Zinsen, einheitliche Arbeitszeiten im Winter ohne Öffnungszeiten am Nachmittag oder an Samstagen, Pensions- und Gesundheitsfonds, ein einheitlicher Gehaltstarif und eine neue Disziplinarordnung festgelegt werden.

Der Ärztesverband hat sich gegen eine Vereinbarung zwischen dem Gesundheitsministerium und der Universität Zypern ausgesprochen. Demnach sollen öffentliche Krankenhäuser zu Unikliniken umfunktioniert werden. Einige Bestimmungen der Vereinbarung würden aber „die Würde und die wissenschaftlichen Qualifikationen der Ärzte im öffentlichen Dienst verletzen“.

Die Gewerkschaft der Oberstufenlehrer OELMEK drohte mit Streikaktionen, um gegen eine Entscheidung des Erziehungsministeriums zu protestieren, wonach lediglich 11,5% der neuen Stellen an weiterführende Schulen nicht an Grundschulen gehen. Diese und andere Entscheidungen führen 90 Lehrer in die Arbeitslosigkeit.

Nur acht Unternehmen äußerten Interesse an einem Zertifikat zur Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

Aufgrund erhöhter Forderungen und einer Gesetzesänderung gab es einige Verbesserungen hinsichtlich der Gehälter und Sozialleistungen bei den Angestellten mit festen Arbeitsverträgen im Hotelbereich. Durch die neuen

Gesetze erlangen 1.000 Angestellte eine betriebliche Altersvorsorge, während die gesetzliche Einführung der fünf-Tage-Woche und vermehrte Inspektionen zu kleinen, aber spürbaren Verbesserungen selbst für Angestellte außerhalb der Tarifverträge geführt haben.

Die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK betrachten die zunehmende Scheinselbstständigkeit als eine inakzeptable Verletzung von Arbeitnehmerrechten. Der Staat sei als Arbeitgeber ein schlechtes Beispiel, da er Menschen auf der Basis eines Dienstleistungsvertrags mit niedrigen Gehältern einstelle. Die Angestellten müssten sich selbst versichern, hätten keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, bezahlten Urlaub und nur eingeschränkten Krankheitsurlaub, da sie als selbstständig registriert seien. Die 2013 vorgenommene Änderung des Angestelltenstatus von 2.000 Lehrern an den staatlichen Nachmittagsschulen, die nun als selbstständig eingestuft werden, sei nur ein Beispiel einer Entwicklung, die sich sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor vollziehe.

Zypern wurde von dem US State Department beim Thema Menschenhandel in der schlechtesten Kategorie eingestuft. In Zypern würden Zuwanderer in hohem Maße ausgebeutet, ihre Rechte würden von vielen Arbeitsagenturen und Arbeitgebern verletzt und der Staat biete nur eingeschränkten Schutz. Die Nichtregierungsorganisation KISA, welche für die Rechte von Migranten und gegen Diskriminierung und Rassismus kämpft, betonte, dass ein gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt für Migranten eine Voraussetzung für das Ende der Aus-

beutung sei. Dafür müsse die Koppelung zwischen dem Arbeitgeber und einer Aufenthaltsgenehmigung beendet und ein gleichberechtigter Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen geschaffen werden.

PEO und SEK haben bei einem Treffen mit dem Finanzminister die überfällige Unterzeichnung von neuen Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst gefordert. Des Weiteren fordern die Gewerkschaften, dass die Regierung ihr Versprechen hinsichtlich der Gründung eines Pensionsfond für alle nach 2011 eingestellten Arbeitnehmer, welche keine staatliche Pension bekommen, einhält. Außerdem müssten neue Stellen geschaffen werden, statt die Aufgaben in den privaten Sektor auszulagern, um eine schleichende, indirekte Privatisierung zu beenden.

Die Union des Bankensektors ‚ETYK‘ legte bei einem Treffen mit dem Finanzminister ihre Vorschläge zur Gründung eines einheitlichen Rentenfonds für alle Banken, einschließlich der Genossenschaftsbanken, vor. Die Regierung scheint diesen Plan zu befürworten.

Die Gewerkschaft des medizinischen Pflegepersonals PASINO ist gegen die Pläne des Gesundheitsministeriums, die in Zukunft freierwerbenden Stellen mit Krankenschwestern ohne Universitätsabschluss zu besetzen. Sowohl PASINO als auch PASIDY stimmen zudem hinsichtlich der benötigten Anzahl von Pflegepersonal nicht mit dem Ministerium überein. Die Gewerkschaften bemängeln, dass die öffentlichen Krankenhäuser personell unterbesetzt

seien. Statt Stellen zu kürzen, müssten neue geschaffen werden.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Ergebnissen von Eurobarometer 85 sind die derzeit größten Probleme der türkischen Zyprioten die wirtschaftliche Situation (37%) und die steigenden Lebenshaltungskosten (36%), gefolgt von Arbeitslosigkeit (30%). Nach ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in den nächsten zwölf Monaten befragt, antworteten 38%, dass sie von einer Verschlechterung ausgehen, 36% der Befragten erwarten keine Veränderungen. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit erwarten 50% der Teilnehmer eine Verschlechterung. Positiv anzumerken ist, dass 52% der Befragten angaben, Vertrauen in die EU zu haben und 42% sagten, dass sie die EU Frieden für sie bedeute.

11.960 neue Studenten aus der Türkei haben sich in an den Universitäten im Norden eingeschrieben. Dies ist eine Zunahme von 11% im Vergleich zum Vorjahr.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres führte der Norden Waren im von 548,8 Millionen US Dollar ein, während das Exportvolumen bei 54,9 Millionen US Dollar lag. Dies entspricht einem Rückgang von 5% bei den Einfuhren und 18% bei den Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Die Immobilienhändler im Norden gaben an, dass der Verkauf von Immobilien nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei aufgrund gestiegener Nachfrage aus der Türkei zugenommen habe.

Innenpolitische Entwicklungen

Mit der Intensivierung der Gespräche zwischen beiden Bevölkerungsgruppen steigen die Spannungen zwischen Akinci und der Regierung, die aus Parteien besteht, welche den Status Quo beibehalten wollten. Premierminister Ozgurgun beschuldigte Akinci, dass er um eine Lösung „bettle“. Akinci sagte im Gegenzug, dass die türkisch-zypriotische Seite ihre Bemühungen zur Findung einer Lösung fortsetze. Dies geschehe nicht durch „Betteln“, sondern mit Entschlossenheit, Stolz und Ehrgefühl. Die Regierung verlangte außerdem einen eigenen Vertreter im Verhandlungsteam. Akinci reagierte ablehnend: Es sei enttäuschend, dass es mit der Regierung keinen gesunden Dialog gebe. Die Regierung bestehe auf einen Vertreter bei den Verhandlungen, was es in all den Jahren zuvor nie gegeben habe. Die Forderung der Regierung basiere nicht auf guten Absichten. Die Regierung weigere sich, ihre Bedenken und Einwände nur hinter geschlossenen Türen vorzutragen, sondern mache öffentliche Erklärungen, welche Zweifel, Angst und Befürchten innerhalb der Bevölkerung schürten. Die Gespräche gingen nun in eine kritische Phase und die Unterstützung der Bevölkerung sei wichtig. Akinci beschuldigte die Regierung, eine „Nein“-Kampagne zu führen. Es gebe bisher

noch kein fertiges Verhandlungsdokument, dessen Annahme er empfehlen könne.

Akinci lud die Vorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien ein, ihn nach New York zu begleiten, wenn das Verhandlungsziel erreicht sei und eine Fünfparteienkonferenz stattfinde. Alle vier im Parlament vertretenen Parteien nahmen das Angebot an.

Akinci schickte einen Gesetzesentwurf bezüglich der Gründung eines „Koordinationsbüros des türkischen Ministeriums für Jugend und Sport für Übersee“ im Norden an das Parlament zurück, nachdem das Verfassungsgericht einen Artikel des Gesetzes als verfassungswidrig eingestuft hatte. Im Juni hatte das Parlament ein kontroverses Protokoll ratifiziert, welches zuvor zwischen der Regierung der TRNZ² und der Türkei mit dem Ziel vereinbart worden war, besagtes Koordinationsbüro zu gründen. Die Unterzeichnung des Vertrags führte zur Gründung einer Plattform mit dem Namen „Wir sind dagegen“ („reddediyoruz“), die eine Großdemonstration gegen das Abkommen vom 17. Juni veranstaltete. Nachdem Akinci die im Parlament vertretenen Parteien konsultiert hatte, schickte

² Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

er den Gesetzesentwurf zur Überprüfung an das Verfassungsgericht. Da das Gesetz auf einer internationalen Vereinbarung basiert, ist eine Änderung durch das Parlament nicht möglich. Daher muss die Vereinbarung mit Ankara neu verhandelt werden. Zwei Tage vor der Entscheidung des Verfassungsgericht organisierte die Reddediyoruz-Plattform eine große Kundgebung in Nikosia, an der 80 Gruppen des gesamten politischen Spektrums teilnahmen, um gegen die versteckte Agenda einer Islamisierung des Nordens durch die Finanzierung von Kultur und Sport zu protestieren. Der Leiter des Koordinationsbüros ist ein türkischer Staatsbürger, der von der türkischen Regierung eingesetzt wurde. Der Abgeordnete Zeki Celer sagte, dass es bei den Aktivitäten des Büros vor allem um Religion, den Koran, osmanische Tradition und arabische Sprache gehe.

Inspiziert von ähnlichen Kundgebungen in der Türkei, organisierte die Plattform „Für Demokratie“, die vom Bauernverband ins Leben gerufen worden war, am 5. August eine Kundgebung in Nikosia, um den Putschversuch in der Türkei zu verurteilen und ihre Unterstützung für die türkische Nation zu bekräftigen. Der türkische stellvertretende Premierminister für zypriotische Angelegenheiten Tugrul Turkes und der türkische Premierminister Binali Yildirim hielten ihre Reden auf einer Telekonferenz. Die Kundgebung wurde vor allem von rechten Organisationen wie die an der Regierung beteiligten Parteien UBP und DP unterstützt. Anscheinend wurden Beamte dazu angehalten, an der Kundgebung teilzunehmen, um die Teilnehmerzahl zu erhöhen. Laut der örtlichen Presse nahmen

zwischen sechs- und achttausend Menschen an der Kundgebung teil.

Der Unterstaatssekretär des Innenministeriums gab an, dass 433 Ausländer die Staatsbürgerschaft der TRNZ angenommen hätten. 158 davon lebten die letzten elf Jahre im Norden und hatten eine Arbeitsgenehmigung. Der Rest sind Ehegatten und Kinder unter 18 Jahren, welche automatisch eine Staatsbürgerschaft erhielten. Laut der Tageszeitung Havadis, leben im Norden 1.200 Menschen mit Arbeitsgenehmigung, die eine Staatsbürgerschaft beantragen können. Die Zahl könnte in den nächsten zehn Jahren auf 35.000 steigen. Dies ist eine kontroverse Politik, da das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerungsgruppen ein Punkt ist, auf den sich die Volksgruppenvertreter zu Beginn der Verhandlungen geeinigt hatten. In der Zwischenzeit gewährte die Regierung all jenen, die sich illegal im Norden aufhalten und arbeiten, eine Amnestie.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Bodenschätze kündigte an, dass 27 der insgesamt 28 Gemeinden im Norden eine Vereinbarung über die Lieferung des aus der Türkei stammenden Wassers, das mit Hilfe einer Pipeline nach Zypern transportiert wird, unterzeichnet haben. Die Gemeinde Gönyeli hat bisher noch keine Vereinbarung unterzeichnet.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

In einer schriftlichen Erklärung vom 12. August gab der Präsident der Fluglotsenvereinigung an, dass die Gespräche mit dem Ministerium für Verkehr und öffentliche Arbeiten gescheitert

seien. Er beschuldigte Minister Kemal Durust, dass er kein Interesse an der Lösung bestehender Probleme habe, obwohl die Vorschläge der Fluglotsenvereinigung keine zusätzlichen Kosten für den Staat bedeuteten. Die Vereinigung warnte, dass sie einen unbefristeten Streik am Flughafen Ercan (Tymbou) abhalten werde. Durust sei dann für die damit verbundenen Flugverzögerungen und Verspätungen verantwortlich. Am 19. August begann die Gewerkschaft um 21 Uhr einen Streik, der zehn Stunden dauern sollte. Nach weniger als zwei Stunden verschob der Ministerrat den Streik um 60 Tage. Bereits Anfang des Jahres hatte der Ministerrat einen anderen Streik der Fluglotsenvereinigung verschoben. Die Gewerkschaft fordert eine Gesetzesänderung hinsichtlich ihres Berufsstandes.

5. FES Zypern Veranstaltungen

September

Donnerstag 08.09.2016

Deutsche Botschaft/Goethe Institut/FES
Vortrag & Diskussion

United in Diversity

Goethe Institut, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 15.09.2016, 11.30 – 19 Uhr

PRIO Cyprus Centre/FES
Konferenz

Educational Practices in Federal Systems

Home for Cooperation, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Montag 19.09.2016Goethe Institut/FES
Vortrag & Diskussion**Whose Cheese is it Anyway?
European Union Regulation, Economic
Competition, and the Patrimony of Cyprus**Goethe Institut, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag 29.09.2016, 11:30 – 18:00**

PRIO Cyprus Centre/FES

Konferenz

**Re-thinking UNSCR1325: Feminist Peace-
building Beyond Women, Peace and Security**

Home for Cooperation, UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Oktober

Freitag 14.10.2016, 10:00 -16:00**Samstag 15.10.2016, 10:00 – 13:00**PRIO/Oslo University/NTNU/FES
Konferenz/Workshop**Migration and Conflict in Europe and the
Middle East**Chateau Status, UN Buffer Zone
Nikosia, Zypern

Freitag: Öffentliche Veranstaltung

Samstag: Nicht-öffentliche Veranstaltung

**Freitag 21.10.2016, 9:30 – 18:00**FES
Konferenz**Youth Unemployment**University of Nicosia,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch 26.10.2016, 15:00 – 18:30

Donnerstag 27.10.2016, 15:00 – 20:00

University of Cyprus / University of Kent /
Cyprus Association of Social Psychology / FES
Konferenz

**Referendums in Peace Processes:
Psychological, Political and Legal Aspects**

Mittwoch: Home for Cooperation

Donnerstag: University of Nicosia

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com